

## Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 25. März 2022

**Martin Habersaat:**

### **Abschlussbilanz: Fortschritte fehlen**

#### **TOP 31: Abschlussbilanz: Schulische Inklusion in der 19. Legislaturperiode (Drs. 19/3704)**

„Vor fünf Jahren war die Lage in der schulischen Inklusion folgende: Schleswig-Holstein gehörte zu den Bundesländern mit der höchsten Inklusionsquote. Es war zum Glück zwischen den politischen Lagern unstrittig, dass die Inklusion nicht nur als Grundprinzip unseres Bildungswesens beibehalten sollte, sondern vorrangig in der Qualität gestärkt werden musste. Dem diene beispielsweise die Einführung der schulischen Assistenz in den Grundschulen, dem diene auch, einem Gutachten des Erziehungswissenschaftlers Klaus Klemm folgend, die schrittweise Schaffung von 500 zusätzlichen Stellen für die Inklusion an den Schulen. Immerhin, die 500er-Planung haben Sie übernommen. Die Zukunft der Schulassistenz ist offen. Wenigstens wollen CDU und FDP sie wohl nicht mehr abschaffen. Ein Gutachten, auf dessen Grundlage die Weiterentwicklung geklärt werden sollte, kostete 200.000 Euro und brachte das Ergebnis, dass zunächst einmal weitere Daten erhoben werden müssen. Viele Schulassistenz-Stellen sind noch immer befristet. Der Bereich der Schulbegleitung blieb fünf lange Jahre lang völlig frei von Fortschritten.

Der Landeselternbeirat der Grundschulen und Förderzentren hat in diesem Monat zehn Thesen zu guten Förderzentren aus Sicht der Familien vorgelegt. Im Vorwort findet sich auch eine Abschlussbilanz für die laufende Legislaturperiode. Spürbare Fortschritte fehlen. „In den zurückliegenden Jahren hat sich im Bereich der schulischen Inklusion nicht viel bewegt“. Das ist aus meiner Sicht in Teilen sogar ein Glück, denn manche Bewegung ging auch in die falsche Richtung.

Den Förderzentren gehen die Fachkräfte aus. Und darüber waren Sie so empört, dass Sie fünf Jahre lang dem für Lehrkräftebildung zuständigen Gremium ferngeblieben sind, um es zum Ende dieser Legislaturperiode dann publikumswirksam durch ein neues zu ersetzen. Die Exklusionsquote ist gestiegen. Die Anzahl der Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf wurde größer, gleichzeitig sank die Schülerzahl in inklusiven Maßnahmen. 31,6 Prozent der Schüler\*innen mit besonderem Förderbedarf wurden laut des letzten Berichts zur

Unterrichtsversorgung an Förderzentren beschult. Mit Jamaika ist leider der Gedanke des Sortierens von Kindern wieder stärker geworden

Ihr Inklusionsbegriff hat sich nicht wesentlich über den Begriff der Integration hinaus entwickelt. Ein moderner Begriff von Inklusion geht aber nicht davon aus, wie man Kinder am besten an ihre Schule anpasst, sondern davon, wie sich die Schule anpassen muss, um Kinder und Jugendliche in ihrer gesamten Diversität bestmöglich zu fördern. Das Leitbild der inklusiven Schulen taucht in Ihren Berichten nicht mehr auf. Das von dieser Regierung vertretene Leitbild, dass junge Menschen mit besonderen Begabungen im kognitiven Bereich am Gymnasium gefördert werden müssen, während die Schüler\*innen mit Förderbedarf sich gefälligst an der Gemeinschaftsschule einzufinden haben, ist völlig überholt. Übrigens auch die Idee, dass die Gymnasien den Hochschulen zuliefern und die Gemeinschaftsschulen dem Handwerk, Herr Koch. Lassen Sie sich da besser noch einmal von IHK und Handwerk beraten! Wir haben vor zwei Jahren von Ihnen einen Inklusionsbericht erhalten, der Inklusion weitgehend auf Förderung von Kindern mit Behinderungen reduziert hat. Wir haben darum gebeten, mit diesem Bericht so zu verfahren wie mit seinem Vorgänger 2014, als der Bildungsausschuss einen Fachtag zur Inklusion mit vielen Expert\*innen aus dem ganzen Land durchführte. Die Koalitionsmehrheit hat das abgelehnt. Das war weniger ein Affront gegen die Inklusion, sondern eine Brüskierung all derer, die sich im Land für die Inklusion einsetzen. Was aus dem einst wichtigen und regelmäßig tagenden Runden Tisch Inklusion wurde, ist eine ebenso traurige Geschichte.

Für Inklusion braucht es Haltung, Ressourcen, Qualifizierung und die Mitnahme Betroffener. Es wird eine wichtige Aufgabe der Bildungspolitik in der nächste Legislaturperiode sein, der Inklusion an unseren Schulen neue Perspektiven aufzuzeigen.“